



Weltraumforschung für den Frieden

Plädoyer für Zusammenarbeit mit West und Ost

Von Dr. Klaus von Dohnanyi SPD-MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium  
für Bildung und Wissenschaft

Seit Menschengedenken ein Gegenstand der Phantasie und seit mindestens einem Jahrhundert das Objekt konkreter wissenschaftlicher und technischer Überlegungen, ist die Weltraumforschung heute ganz ohne Zweifel zum spektakulärsten Wissenschaftszweig geworden. Über Hautfarben, Generationen und Einkommensunterschiede hinweg fasziniert diese Wissenschaft alle Völker dieser Erde. Das Ziel der Erforschung außerirdischer Räume verbindet die Menschen. Raumforschung und Raumtechnik schlingen dieses menschliche Band selbst noch enger, indem sie den Völkern unserer Erde ein Gefühl von Gleichzeitigkeit vermitteln, wie es die Geschichte bisher nicht gekannt hat. Dies, gemeinsame Ziele und historische Gleichzeitigkeit, könnte entscheidende Solidarität und Toleranz und damit den Frieden fördern.

Wir dürfen jedoch nicht übersehen, daß die Weltraumforschung und Weltraumtechnik zugleich drohen, wie andere Wissenschaftszweige zuvor, Gegenstand vorwiegend nationaler Interessen zu werden. Diese Gefahr besteht immer dort, wo technischer Fortschritt zugleich Instrument politischer Macht sein kann. Und leider ist nicht zu bestreiten, daß die Gefahr einer erneuten waffentechnischen Eskalation durch die Möglichkeit der Weltraumtechnik um ein vielfaches vergrößert worden ist.

Der nationale Egoismus, für den die Völker wohl weniger verantwortlich sind als ihre politische Führung in aller Welt, erstreckt sich auch auf denjenigen Teil der Raumforschung, der in erster Linie wirtschaftlichen Zielen dient. Kommerzielle und politische Wettbewerbsüberlegungen im Bereich der Kommunikation und ihrer industriellen Basis schränken die Möglichkeiten dieser

Wissenschaft und Technik ein.

Nicht nur die technischen, sondern in zunehmendem Maße auch wirtschaftliche Notwendigkeiten zwingen in der Erforschung außerirdischer Räume zur Solidarität aller Völker jenseits nationaler Grenzen.

Interessengegensätze zwischen den Nationen anzuklagen nutzt wenig. Zu verstehen, wie sie den Fortschritt der Menschheit entgegenstehen, ist schon nützlicher. Und bei Bemühungen um mehr internationale Solidarität wird es kaum perfekte Lösungen, dafür aber bessere und schlechtere Kompromisse geben. Kompromisse zum Besseren bedürfen eines hohen Maßes an Informationsaustausch. Wir begrüßen und bewundern daher die große Öffentlichkeit, in der die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Weltraumprogramme abwickeln.

Einen politischen Kompromiß zum Besseren muß man auch darin sehen, daß in regionalen Gruppen die hohen Kosten der Weltraumforschung und Weltraumtechnik sinnvoller verteilt werden. Konkrete Vorschläge für ein europäisches Gemeinschaftsprogramm und die Grundzüge einer Konvention für eine geplante europäische Einheitsorganisation für die Weltraumforschung und Weltraumtechnik liegen vor. Die europäische Weltraumkonferenz will im November über diese Vorschläge entscheiden. Aber: Regionale Gruppierungen dürfen nicht zum Nationalismus auf größerer Fläche führen, sie müssen offen nach außen sein. Die europäische Weltraumkonferenz hat deshalb das Angebot zur Beteiligung am Apollo-Nachfolge-Programm, das die Vereinigten Staaten von Amerika den westeuropäischen Staaten und einer Reihe außereuropäischen Staaten gemacht haben, aufgegriffen.

Diese Projekte der Kooperation sind positive Schritte, um die friedlichen Chancen der Weltraumforschung zu nutzen. Aber wir müssen sicherstellen, daß die begrüßenswerten regionalen Gruppierungen nicht dazu führen, bestehende Blöcke, deren Auflösung wir politisch betreiben, nun durch ökonomisch-technische Entscheidungen miteinander in einen sinnlosen Wettbewerb und damit erneut, wenn auch auf anderem Felde, zur Konfrontation anstatt zur Kooperation zu bringen. Deswegen wird die Bundesregierung, die in der EWG stets auf eine liberale Handelspolitik gedrängt hat, im Bereich der vor uns liegenden technologischen Zusammenarbeit sowohl innerhalb Westeuropas als auch im europäisch-amerikanischen Komplex, für eine offene Haltung nach außen sorgen, besonders auch gegenüber den osteuropäischen Nachbarn und der Sowjetunion.

### Wache Aufmerksamkeit der Demokraten

---

Begründete Sorge vor der Entwicklung rechtsradikaler Kräfte

Von Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Es war nicht die Sorge um unsere parlamentarische Demokratie, die die Opposition veranlaßt hat, am Mittwoch in der Fragestunde und in der anschließenden aktuellen Stunde sich zu der Erklärung des SPD-Parteivorstandes zu äußern. Wenn man sich nachträglich den Ablauf dieser beiden Stunden vergegenwärtigt, kommt man zu der Überzeugung, daß die CDU/CSU-Fraktion aus der Ecke, in die sie sich selbst manövriert hat, nicht nur nicht herauskam, sondern sich dort geradezu verbarrikiadierte. Das könnte zu einer Gefahr werden, denn gerade die Kräfte, über die der Alterspräsident des Bundestages, der FDP-Abg. William Borm, in der "Frankfurter Rundschau" geschrieben hat, stehen in enger Verbindung mit Personen, in der CDU/CSU-Fraktion. Es gibt doch zum Nachdenken Anlaß, wenn Herr Zogelmann eine neue Partei gründen will und gleichzeitig Hospitant der CDU/CSU-Fraktion ist. Nur Politiker, die in ihren Anschauungen nahe beieinander stehen, können auf diese Weise sich zusammenfinden.

Das Ansehen des Parlaments wird Schaden leiden, wenn die Opposition sich weiterhin der sachlichen Arbeit entzieht und durch Obstruktion stört. Bundesminister Prof. Ehmke hat in der Fragestunde deutlich zum Ausdruck gebracht, daß seine anfängliche Erwartung, die CDU/CSU sorge sich mit den anderen Parteien um die Entwicklung unserer parlamentarischen Demokratie, doch insoweit nicht zutreffe, als sie sich zum Verteidiger von Kräften mache, von denen zu distanzieren wir alle Anlaß haben.

Die Formulierungen, die die Redner der CDU/CSU-Fraktion gefunden haben, machen deutlich, wie böseartig und verleumderisch, wie gehässig und wie diffamierend ihre Darstellung der Regierungsparteien ist. Dies wird aber ein Bumerang sein, der auf sie selbst zurückkommt.

Die begründete Sorge vor der Entwicklung rechtsradikaler Kräfte und deren Einwirkung auf die Parlaments- und Regierungsgeschäfte wird die Regierungsparteien weiterhin in wachsender Aufmerksamkeit finden. Auch böseartige Ausfälle der Opposition werden die Koalition nicht davon abhalten, sondern Anlaß sein, sich dieser Auseinandersetzung zu stellen.

+ + +

Dr. Heck und das sparende Volk

Ein Sachwort zu der Inflationsagitation der CDU/CSU

Von Karl Fred Zander SPD-MdB

Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bundestages

Vor den kommenden Landtagswahlen ist der CDU/CSU anscheinend jedes Mittel recht, um Inflationsangst und Unruhe in der Bevölkerung zu verbreiten. Dazu gehören auch solche Falschrechnungen, wie sie von dem CDU-Generalsekretär Dr. Bruno Heck über Milliardenverluste der Sparer aufgestellt wurden. Dr. Heck vergißt ganz offensichtlich, daß auf Spareinlagen auch Zinsen gezahlt werden. Diese Zinsen sind heute höher als je zuvor.

Betrachtet man der Einfachheit halber nur einmal ein Sparbuch mit gesetzlicher Kündigungsfrist, so stellt man fest, daß dem Besitzer dieses Sparbuches bei einer momentanen Preissteigerungsrate von 3,8 vH. ein realer Zinsertrag von 1,2 vH. zufließt. 1965, während einer CDU/CSU-Regierung, sind die Sparzinsen fast vollständig von den Preissteigerungen, nämlich bis auf den Rest von 0,1 vH., aufgeessen worden. 1970 blieb den Sparern mehr als in den Jahren 1962 bis 1966.

Bei diesen Berechnungen blieb außer Acht, daß viele Sparer schon auf längerfristige, d.h. höher verzinslichere Sparformen und auf Wertpapiere übergegangen sind. Nach Abzug des Kaufkraftschwunds verbleiben diesen Sparern je nach Anlageform zwischen einem und 4,5 vH. realer Zinsertrag. Die von der SPD-FDP-Regierung verbesserte Sparförderung ist dabei noch nicht berücksichtigt. Rechnet man auch diese noch mit ein, so bleibt nichts übrig von den angeblichen Verlusten. Tatsache ist, daß die Sparer 1970 neun Milliarden DM an Zuwachs zu verzeichnen haben.

Sparen ist so lohnend wie eh und je. Das weiß auch die Bevölkerung, die viel zinsbewußter geworden ist. Damit ist auch der Zuwachsrückgang bei Spareinlagen zu erklären. Viele Sparer haben heute ihre D-Mark als Termingelder angelegt, die eine hohe Verzinsung gewährleisten und sehr liquide sind. Da die Termingelder nicht zu den Spareinlagen gerechnet werden, wird damit klar, daß der angebliche Rückgang des Spareinlagenzuwachses fast nur auf solche Umbuchungen zurückzuführen ist und damit ein statistisches Problem darstellt. Bemerkenswert ist, daß die laufende Ersparnis der privaten Haushalte im ersten Halbjahr 1970 annähernd so hoch ist wie im ersten Halbjahr 1969. Für das Vertrauen der Sparer in ihre Regierung spricht, daß die Bundesrepublik Deutschland die stärkste Zuwachsrate bei den Spareinlagen innerhalb der EWG aufzuweisen hat.